

5. März 2026

Wirtschaftslage in nordrhein-westfälischer Metall- und Elektroindustrie bleibt hochgradig angespannt

- **Produktion seit 2018 um 25 Prozent und Beschäftigung um elf Prozent eingebrochen**
- **Präsident Kirchhoff: „Ich befürchte auch für das Jahr 2026 weiteren Personalabbau“**
- **Grundlegende Strukturreformen unabdingbar**

Die Wirtschaftslage in der nordrhein-westfälischen Metall- und Elektroindustrie (M + E) hat sich im Jahr 2025 weiter verschlechtert. Die Produktion ist nach einem Minus von 6,8 Prozent im Vorjahr um weitere 3,5 Prozent gesunken, Monat für Monat verliert der größte Industriezweig des Landes seit einem Jahr rund 2.000 Arbeitsplätze. „Auch die Vorzeichen für das laufende Jahr stehen schlecht, die erhoffte Trendwende wird aus heutiger Sicht größtenteils ausbleiben“, sagte der Präsident des Verbandes der Metall- und Elektro-Industrie Nordrhein-Westfalen (METALL NRW) anlässlich einer Vorstandssitzung seiner Organisation am Donnerstag in Düsseldorf. Die nun für das Jahr 2025 ausgewiesenen Zahlen seien Beleg für die tiefe strukturelle Wettbewerbsfähigkeitskrise des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen. „Unser Bundesland ist da keineswegs ein Solitär, nahezu alle industriell geprägten Bundesländer weisen eine vergleichbare Entwicklung aus.“ Kirchhoff erklärte, Politik und Sozialpartner müssten nun alles unternehmen, was die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Industriestandorte stärke und alles unterlassen, was sie schwäche. Es gehe jetzt um ein verlässliches wirtschafts- und sozialpolitisches Umfeld mit Rahmenbedingungen, die hierzulande die Transformation unterstützten sowie Wachstum und damit auch die Sicherung von Beschäftigung ermöglichen. „Ich habe es schon häufig angesprochen und wiederhole es am heutigen Tage einmal mehr: Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren“, forderte Kirchhoff.

Nach Worten des NRW-Metallarbeitsgeberpräsidenten gebe die Entwicklung der vergangenen Jahre Anlass zu großer Sorge. Gemessen am Spitzenniveau des Jahres 2018 habe dieser Industriezweig in Nordrhein-Westfalen einen gewaltigen Aderlass verkraften müssen. In diesem Zeitraum sei die Produktion um 25 Prozent eingebrochen. Der Gesamtumsatz aller M + E-Unternehmen liege mit rund 170 Milliarden Euro trotz gestiegener Preise nur noch auf dem Niveau des Jahres 2018. „Dieser massive Absturz ist Ausdruck einer fortschreitenden De-Industrialisierung der größten M + E-Branchen in Nordrhein-Westfalen“, betonte Kirchhoff. Die Entwicklung sei auch nicht ohne Auswirkungen auf die Beschäftigung geblieben. Seit 2019 seien mit fast 75.000 Stellen rund 11 Prozent

Kontakt:

Dipl.-Volksw.
Hubertus Engemann

Mitglied der
Hauptgeschäftsführung

Leitung
Kommunikation

Fon: 0211 4573-232/233
Fax: 0211 451370

engemann@metall.nrw

www.metall.nrw

**DIE UNTERNEHMEN
DER METALL-
UND ELEKTRO-
INDUSTRIE**
IN NORDRHEIN-WESTFALEN

**„Wir sind das Herz
der Wirtschaft.“**

aller Arbeitsplätze in der NRW-M + E-Industrie verloren gegangen. Zum Jahresende 2025 hätten die Unternehmen dieses Industriezweigs noch 655.830 Menschen beschäftigt. „Mit Blick auf die zu unserer Konjunktur-Umfrage zum Jahreswechsel eingegangenen Meldungen steht zu befürchten, dass angesichts des Personalüberhangs in vielen M + E-Betrieben auch 2026 weitere Arbeitsplätze abgebaut würden“, so Kirchhoff. Er sehe mit Unverständnis, dass weite Teile der Politik offenkundig bis heute nicht verstanden hätten, welch massive Folgen ein fortschreitender Abbau hochbezahlter Industriearbeitsplätze auch für die Finanzierung der ohnehin unter Druck stehenden Sozialsysteme habe.

Die strukturelle Schwäche der hiesigen Produktionsstandorte insbesondere der energieintensiven Industriebranchen entlang der Wertschöpfungskette verstärkten die Sorgen um die Fertigungsstrukturen Nordrhein-Westfalens. Der Mix aus zu hohen Kostenbelastungen bei Energie, Steuern, Abgaben und Bürokratie machten es Unternehmen immer schwerer, in Deutschland noch Geld zu verdienen. Dies sei auch der Grund, warum die meisten Betriebe der Metall- und Elektroindustrie Zukunftsinvestitionen fast nur noch im Ausland durchführten. Für den Industriestandort Deutschland sei dies eine dramatische Nachricht. Kirchhoff appellierte an die Politik, die anhaltenden Warnungen aus Verbänden und Unternehmen endlich ernstzunehmen und vor allem grundlegende Strukturereformen in den sozialen Sicherungssystemen auf den Weg zu bringen. Hier sei der politische Handlungsbedarf offensichtlich.

Nach Ansicht des NRW-Metallarbeitsgeberpräsidenten müsse Deutschland den Anstieg der Lohnzusatzkosten schnellstens stoppen und möglichst umdrehen. „Die Politik muss sich klar machen, dass ein ungebremsster weiterer Zuwachs der Sozialbeiträge auf 50 Prozent Mitte der 30er Jahre spätestens dann zu völlig unrentablen Produktionsbedingungen in unserem Land führen wird“, warnte Kirchhoff. Die Kosten-Wettbewerbsfähigkeit deutscher Industriestandorte und Industriearbeitsplätze müsse dringend wiederhergestellt werden. Hierbei seien auch die Arbeitskosten von großer Bedeutung. In der Metall- und Elektroindustrie würden die Tarifentgelte der Beschäftigten im April um weitere 3,1 Prozent steigen. „Für viele Betriebe in Nordrhein-Westfalen ist das schon eine Riesen-Herausforderung, weil die beim Tarifaabschluss 2024 von Arbeitgebern und Gewerkschaften für das Jahr 2026 erwartete wirtschaftliche Trendwende mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausbleiben dürfte“, so Kirchhoff. Einer aktuellen Arbeitgeber-Umfrage von Gesamtmetall zufolge plant fast jeder zweite M + E-Betrieb in Nordrhein-Westfalen Personalabbau oder baut bereits aktuell Arbeitsplätze ab. Damit sendeten die Betriebe mehr als nur ein deutliches Warnsignal.